

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Liebich, Dr. Dietmar Bartsch,
Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6340 –**

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einhalten – Umgang mit Gefangenen in palästinensischen Gefängnissen verändern

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion unterstreicht, dass die Situation in Gefängnissen unter der Autorität der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank und der Hamas in Gaza unvereinbar mit Rechtsstaats- und Menschenrechtsprinzipien sei. Für einen nachhaltigen Friedensprozess, die innerpalästinensische Aussöhnung und eine nachhaltige Entwicklung sei die Sicherung politischer Rechte und die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards durch die palästinensischen Behörden unabdingbar.

Der Deutsche Bundestag müsse an die palästinensischen Politiker appellieren, Menschen- und Bürgerrechte zu achten, willkürlichen oder politisch motivierten Verhaftungen, Todesurteilen und der Misshandlung von Gefangenen entgegenzuwirken sowie die Sicherheitskräfte und Justizbehörden in die Lage zu versetzen, die internationalen und palästinensischen Rechtsstandards einzuhalten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechend auf ihre palästinensischen Gesprächspartner einzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6340 abzulehnen.

Berlin, den 19. Oktober 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Dr. Egon Jüttner
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Egon Jüttner, Günter Gloser, Stefan Liebich, Marina Schuster und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6340** in seiner 120. Sitzung am 7. Juli 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion unterstreicht, dass die Situation in Gefängnissen unter der Autorität der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank und der Hamas in Gaza unvereinbar mit Rechtsstaats- und Menschenrechtsprinzipien sei. Für einen nachhaltigen Friedensprozess, die innerpalästinensische Aussöhnung und eine nachhaltige Entwicklung sei die Sicherung politischer Rechte und die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards durch die palästinensischen Behörden unabdingbar.

Der Deutsche Bundestag müsse an die palästinensischen Politiker appellieren, Menschen- und Bürgerrechte zu achten, willkürlichen oder politisch motivierten Verhaftungen, Todesurteilen und der Misshandlung von Gefangenen entgegenzuwirken sowie die Sicherheitskräfte und Justizbehörden

in die Lage zu versetzen, die internationalen und palästinensischen Rechtsstandards einzuhalten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechend auf ihre palästinensischen Gesprächspartner einzuwirken.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/6340 in seiner 45. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6340 in seiner 47. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 19. Oktober 2011

Dr. Egon Jüttner
Berichtersteller

Günter Gloser
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichterstellerin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin

